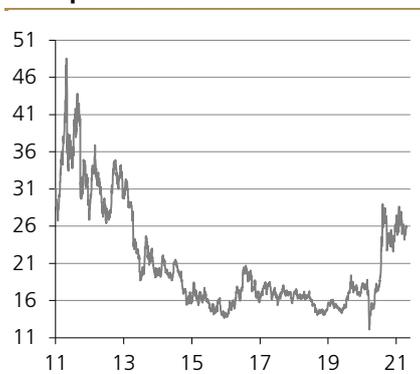


USD pro Feinunze Gold



USD pro Feinunze Silber



EURUSD



Quelle: Refinitiv; Graphiken Degussa.

Edelmetallpreise				
	Aktuell	Veränderungen gegenüber (in Prozent):		
	(Spot)	2 W	3 M	12 M
I. In US-Dollar				
Gold	1794.5	3.8	-5.4	6.8
Silber	26.6	6.6	1.0	77.2
Platin	1216.5	0.6	14.1	57.5
Palladium	2882.2	8.1	17.8	47.1
II. In Euro				
Gold	1491.1	1.5	-4.0	-3.1
Silber	22.1	4.2	2.6	62.0
Platin	1010.8	-1.7	15.5	43.4
Palladium	2395.0	5.7	19.6	33.9
III. Goldpreis in anderen Währungen				
JPY	193915.0	1.3	-1.0	7.3
CNY	11646.9	2.6	-6.0	-2.1
GBP	1287.9	3.1	-7.2	-3.8
INR	135343.7	1.9	-2.4	6.9
RUB	137473.1	4.0	-1.8	9.8

Quelle: Refinitiv; Berechnungen Degussa.

GOLD, BITCOIN – UND DAS GEHEIMNIS DES GELDES

► **Die Welt sucht neues Geld. Dass am Ende dieser Suche – wenn die Staaten sie nicht vollends verunmöglichen – eine Kryptoeinheit steht, ist alles andere als entschieden. In Zeiten des „Crypto-Hype“ wird die Wettbewerbsfähigkeit des Gold- und Silbergeldes unterschätzt.**

„[I]ch habe ... gefunden, daß Mißverständnisse und Trägheit vielleicht mehr Irrungen in der Welt machen als List und Bosheit.“
—Johann Wolfgang von Goethe

WAS GELD AUSMACHT

Heutzutage ist das Geld staatlich monopolisiert: Nur der Staat beziehungsweise seine Zentralbank (meist in enger Kooperation mit Geschäftsbanken) geben Geld aus. Diesen Status quo fordern die *Kryptoeinheiten* heraus, allen voran der Bitcoin. Viele sehen im Bitcoin das neue Weltgeld, das die offiziellen Währungen wie US-Dollar, Euro und Co über kurz oder lang verdrängen wird. Es wäre währungshistorisch gesehen geradezu „natürlich“, wenn sich ein Medium, das im Markt frei gewählt wurde, als Geld etablieren würde – denn Geld ist im Kern ein Phänomen des freien Marktes.

Damit „etwas“ als Geld – also als das allgemein akzeptierte Tauschmittel – verwendet werden kann, muss es bestimmte (physische) Eigenschaften haben. Es muss zum Beispiel knapp sein, homogen (das heißt von gleicher Art und Güte), teilbar, prägnant, lagerfähig, haltbar, transportabel, es muss einen hohen Wert pro Gewichtseinheit repräsentieren, und es muss weithin bekannt und akzeptiert sein. Weil in der Vergangenheit Edelmetalle diese Anforderungen am vergleichsweise besten erfüllten, wurden sie, wenn es den Menschen frei stand, ihr Geld selbst auswählen zu dürfen, als Geld gewählt: allen voran Gold und Silber.

Geld wird zu Tauschzwecken eingesetzt. Das ist auch die einzige Funktion, die Geld erfüllt. Die Wertaufbewahrungs- und Recheneinheitfunktion des Geldes sind (wichtige) Unterfunktionen des Geldes. Bei der Wertaufbewahrungsfunktion geht es darum, dass mit Geld nicht heute, sondern an einem künftigen Zeitpunkt getauscht werden soll. Und bei der Recheneinheitfunktion geht es darum, dass die Tauschverhältnisse zwischen verschiedenen Gütern in Geld ausgedrückt werden. Beispielsweise kostet 1 Birne 1 Euro, und 1 Banane kostet 2 Euro. Das heißt also nichts anderes, als dass sich zwei Birnen gegen 1 Banane tauschen lassen.

Die Recheneinheitfunktion (als Unterfunktion der Tauschmittelfunktion) des Geldes ist von sehr großer Bedeutung. Der Grund: Die Menschen verwenden Geld, um damit eine *Wirtschaftsrechnung* durchzuführen. Indem alle Güter auf einen „Nenner“, die Geldpreise, gebracht werden, lassen sich Renditeberechnungen anstellen. Das ist bei komplexen Produktionswegen unverzichtbar. Ohne die Verwendung des Geldes zur Wirtschaftsrechnung wäre die moderne arbeitsteilige Volkswirtschaft nicht durchführbar. Mit anderen Worten: Das Geld wird

Distributed-Ledger-Technologie

Bei der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) handelt es sich um eine besondere Form der elektronischen Datenverarbeitung und -speicherung. Der Distributed Ledger (DL) ist ein *verteiltes Kontenbuch*, für das die Teilnehmer eines Computer-Netzwerks eine gemeinsame Schreib-, Lese- und Speicherberechtigung haben. Anders als bei zentral verwalteten Datenbanken hat das DL-Netzwerk keine zentrale Instanz, die das Kontenbuch verwaltet. Die am weitesten verbreiteten DLT-Anwendungen basieren auf der „Blockchain“-Technologie. Sie eignet sich besonders gut zur Abbildung („Archivierung“) der Historie aller durchgeführten Transaktionen. Das verteilte Kontenbuch besteht in diesem Fall aus einer Kette von chronologisch aneinandergesetzten Blöcken („Blocks“), die jeweils eine oder mehrere Transaktionen dokumentieren. Die Dateninformationen, die ein Block enthält, werden in einer „Blockchain“ nicht direkt als solche gespeichert, sondern über kryptografische Verfahren auf „Hash-Werte“ reduziert. Jeder neue Block enthält den Hash-Wert des vorausgegangenen Blocks. Dadurch entstehen die Ketten („Chain“) der Blöcke, die es erlauben, die Transaktionen eindeutig zurückzuverfolgen. Das Kontenbuch wird aktualisiert, indem ein neuer Transaktionsblock generiert und an die vorhandene Kette von Transaktionsblöcken angehängt wird.

Bitcoin

Der prominenteste Anwendungsfall der DLT ist der Bitcoin. Die Ursprungs-Blockchain für Bitcoin wurde für eine *virtuelle Währung* geschaffen. Ihre Kerneigenschaften sind: intermediationsfreie direkte Übertragung der Bitcoin von einer Person zur anderen Person („Peer-to-Peer“, kurz: „P2P“), offener Zugang für alle Teilnehmer, ohne dass diese sich über „Klarnamen“ identifizieren müssen, volle Transparenz der Transaktionen für alle Teilnehmer, „Proof-of-Work“ als Konsensverfahren, Geltung der jeweils längsten Blockchain unabhängig von der Entstehungszeit der Blöcke sowie Beschränkung der Übertragung auf Bitcoin. Die Übertragung von Bitcoin oder anderen Werteinheiten, wie sie über öffentliche DLT-Plattformen (Public Ledger) stattfindet, erfolgt anonym, die Teilnehmer geben sich nicht erkennbar. Durch die DLT wird aber, wie gesagt, jedem Teilnehmer grundsätzlich die Möglichkeit zugestanden, Einblick in die Transaktionshistorie zu erhalten. Die Vertraulichkeit von Finanztransaktionen ist folglich ohne Verschlüsselung („Kryptographie“) nicht einzuhalten.

im Tausch eingesetzt (beispielsweise auf dem Wochenmarkt, zur Bezahlung der Miete etc.), und die Menschen rechnen auch in Geld.

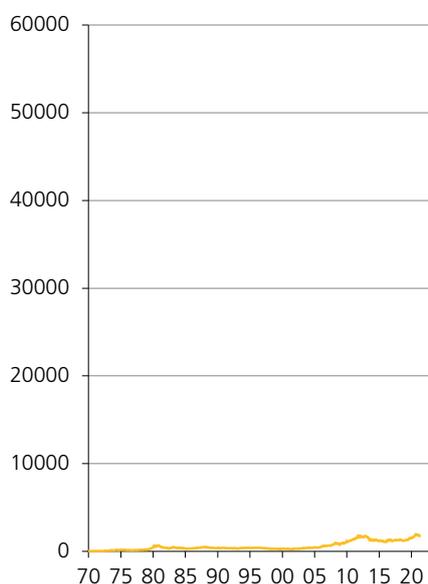
Das bis hierhin Gesagte ist, sehr verehrte Leserin, sehr geehrter Leser, das Geheimnis des Geldes, der Versuch, es in wenige Worte zu fassen. Das Geld ist ein „produktiver Segen“ für die Menschen. Ohne Geld ist der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg der Gesellschaft undenkbar; ohne Geld – ist das allseits bereichernde und friedvolle Zusammenleben der Menschen national und international undenkbar. Und man sollte nicht denken, die offiziellen ungedeckten Währungen – ob US-Dollar, chinesischer Renminbi, Euro, japanischer Yen, britisches Pfund oder Schweizer Franken – seien das „letzte Wort“ in der Geldgeschichte.

KRYPTOGELOD

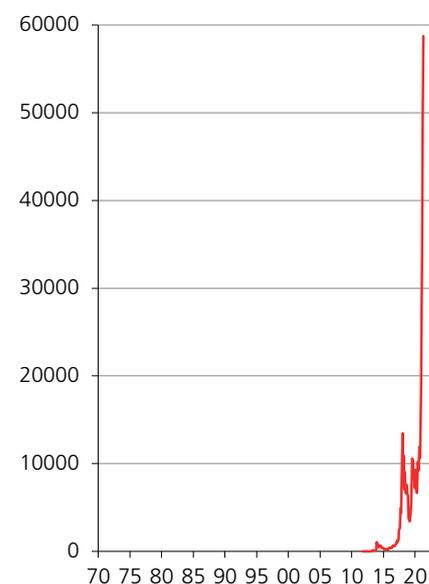
Kann eine Kryptoeinheit zum neuen Weltgeld aufsteigen? Angesichts der kometenhaften Preissteigerungen von Bitcoin & Co ist man geneigt zu sagen, diese Frage stellt sich nicht mehr. Doch das wäre verfrüht. Gleichwohl lässt sich aus geldtheoretischer Sicht mit hinreichender Überzeugung sagen, dass ein *entmaterialisierter Digitalcode* durchaus das Zeug hat, von den Menschen, wenn es ihnen frei steht, zum Geld ausgewählt zu werden. Eine entscheidende Frage dabei ist die *Konkurrenzfähigkeit alternativer Geldarten* – wie zum Beispiel die eines digitalisierten Gold- oder Silbergeldes. In einem solchen Wettbewerb geht es nicht nur um die Abwägung einer, sondern vieler Geldeigenschaften.

1 „Wer nicht übertreibt, ist uninteressant.“ (Gustav Mahler, 1860–1911)

(a) Goldpreis (USD/oz)⁽¹⁾



(b) Bitcoin in US-Dollar pro Stück⁽¹⁾⁽²⁾



Quelle: Refinitiv, Graphik Degussa. ⁽¹⁾ Monatsdaten. ⁽²⁾ Beginnt September 2011.

Die Bitcoin-Welt ist per Protokoll als „Peer-to-Peer“ konzipiert. Das heißt, Bitcoins lassen sich versenden und empfangen, ohne dass dafür ein Zwischenhändler („Intermediär“) erforderlich wäre. Das bietet Schutz vor Missbrauch, vor allem vor staatlichen Zugriffen. Allerdings zeigt sich, dass auch Bitcoin-Nachfrager Intermediationsdienste nachzufragen wünschen – und das wird sichtbar, indem Bitcoins bei Krypto-Börsenplätzen (und nicht in der „Personal Wallet“) gehalten und deren Verwahr- und Sicherungsdienste in Anspruch genommen werden. Anders gesagt: Peer-to-Peer allein reicht nicht aus, sondern Geldnachfrager wollen ein Geld, das auch auf Wunsch „intermediationsfähig“ ist.

GOLD ZU GELD. EINFACH UND SICHER. MIT DEGUSSA.

DEGUSSA-ANKAUF.DE

JETZT ONLINE VERKAUFEN.



MITTLER FÜR GELD

Zwar verstößt es gegen die „Philosophie“ des Bitcoin, den Geldverkehr und die Geldhaltung unter Hinzunahme von Intermediären (Bitcoin-Lagerstätten) zu organisieren, aber technisch-praktisch gesehen wäre das durchaus möglich – wie die Angebote der Krypto-Börsen ja nur zu deutlich zeigen. Allerdings wäre der Bitcoin dann – wie die offiziellen Währungen auch – staatlicher Regulierung ausgesetzt. Der Vorteil der Anonymität der am Geldverkehr Teilnehmenden ginge verloren, und die Wettbewerbsfähigkeit von zum Beispiel Sachgeld wie Gold und Silber würde sich gegenüber dem Bitcoin verbessern. Als „Vorteil“ bliebe allerdings die mengenmäßige Begrenzung der Bitcoins bestehen.

Wenn alle Bitcoins geschürft sind, bleibt fortan die Bitcoin-Menge konstant, denn die Menge der Bitcoins ist durch das (aktuelle) Protokoll auf 21 Millionen Stück begrenzt. Zudem gibt es Schätzungen, die davon ausgehen, dass bereits rund 3,7 Millionen Bitcoins verloren gegangen sein könnten. Ist die „Bitcoin-Knappheit“ ein Problem? Nein, eine Volkswirtschaft kann wachsen, auch wenn die Geldmenge unverändert bleibt. Es gäbe dann Preisdeflation, die aber der volkswirtschaftlichen Wohlstandsmehrung nicht entgegenstehen würde (wenngleich keynesianisch gesinnte Ökonomen das Gegenteil behaupten mögen.)¹

Eine Intermediationsfähigkeit des Geldes ist notwendig, weil eine moderne Volkswirtschaft ohne funktionierenden Kreditmarkt nicht auskommt. Es haben sich zwar Märkte herausgebildet, in denen Kryptoeinheiten als Sicherheit für Kredite in anderen Kryptoeinheiten sowie auch in offiziellen Währungen dienen. Erforderlich ist aber eine sehr hohe Besicherung, die viele Transaktionen unwirtschaftlich macht. Ein Kreditmarkt ausschließlich in Kryptoeinheiten, der keine Voll- oder gar Überbesicherung erfordert, ist ohne „Klarnamen“ der Marktparteien schwer vorstellbar. Vor allem aber bedarf ein leistungsfähiger Kreditmarkt die Mitarbeit von *Kreditvermittlern*.

Kreditvermittler sind in der Lage, Kreditrisiken vergleichsweise besser einzuschätzen als das breite Publikum. Sie haben Erfahrung, wie Kreditrisiken zu besichern und wie man angemessene Kreditzinsen berechnen kann. Wenn also Intermediationsdienste nachgefragt werden – ob nun im Einlagen- oder Kreditmarktgeschäft –, dann braucht man „Mittelsmänner“; die Peer-to-Peer-Lösung allein ist nicht ausreichend. Lässt man Intermediäre (wie zum Beispiel Kreditvermittler) zu, werden die Kreditmarktteilnehmer um die Offenlegung ihrer Identität wohl nicht umhinkommen. Eine (vollständige) Anonymität der Handelnden ist nicht mehr möglich, und ein großer Vorteil des Bitcoin, vor den Blicken und Übergriffen des Staates verborgen zu sein, ist nicht mehr gegeben. In einem Geldwesen mit Intermediation würde der Bitcoin, der den Geldverwendern derzeit Anonymität in Aussicht stellt, in dieser Hinsicht Konkurrenz bekommen, beispielsweise von einem digitalisierten Gold- oder Silbergeld.

PRAXISTEST

Das weltweite Bitcoin-Netzwerk wickelt in der Spitze etwa 350.000 Transaktionen pro Tag ab und ist damit derzeit weitgehend ausgelastet. Das ist jedoch ein relativ geringer „Durchsatz“. Zum Vergleich: In Deutschland werden im Durchschnitt arbeitstäglich mehr als 75 Millionen Transaktionen abgewickelt. Um das Problem zu lösen, ist 2015 das „Lightning-Network“ entwickelt worden. Es erlaubt, Zahlungskanäle zwischen den Bitcoin-Benutzern zu eröffnen und Bitcoin

Bitcoin als Geld

Der Blockchain-basierte Bitcoin ist geschaffen worden (im Jahr 2008 in Form eines „Protokolls“ von einem gewissen „Satoshi Nakamoto“, ein Pseudonym), um dem staatlichen Fiat-Geldsystem die Stirn zu bieten: Der Bitcoin soll den Menschen besseres Geld bringen. Die Kryptoeinheit entspringt der (ökonomisch gut durchdachten und folgerichtigen) Idee eines „freien Marktes für Geld“. Der Bitcoin ist ein dezentrales Geld, das ausschließlich in einem „Peer-to-Peer“-Netzwerk verwaltet wird. Der Austausch von Geldeinheiten findet demnach direkt und ohne irgendeine Drittpartei statt. Die maximal erzeugbare Bitcoin-Anzahl ist begrenzt (siehe dazu weiter unten). Es ist also nicht möglich, die Bitcoin-Menge „ungewollt“ über die im Bitcoin-Protokoll festgelegte Menge hinaus zu inflationieren; der Bitcoin lässt sich also nicht inflationieren, wie es bei den offiziellen Fiat-Währungen US-Dollar, Euro und Co Gang und Gäbe ist. Besonders interessant ist, dass die Zuwachsraten der Bitcoin-Menge ähnlich verläuft wie die bei der Goldproduktion: mit im Zeitablauf abnehmenden Grenzerträgen.

Ein falsches Bild

Häufig trifft man im Internet Bilder an, die Bitcoin als Goldmünzen zeigen – wie beispielsweise das nachstehende Foto, das suggeriert, Bitcoin hätte eine Verbindung mit physischem Gold. Das aber ist nicht der Fall.



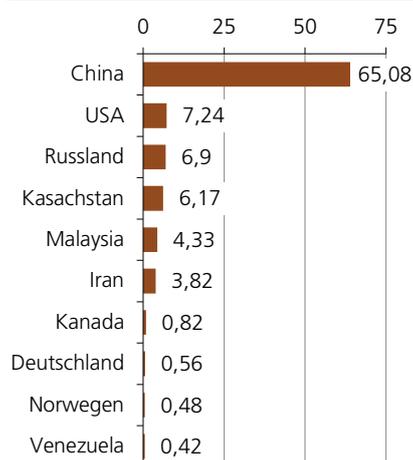
Der Bitcoin repräsentiert keinen „realen Wert“, er existiert nicht außerhalb der Blockchain. Goldmünzen kann man anfassen, befühlen, von hier nach da tragen. So gesehen ist das Bild eines „Gold-Bitcoin“ – auch wenn es sehr ansprechend aussieht – ein irreführendes beziehungsweise ein falsches.

¹ Siehe hierzu Polleit (2020), Mit Geld zur Weltherrschaft, S. 188–190.

Erzeugung von Bitcoins

Bitcoin werden durch Einsatz von Computer-Rechenleistung erzeugt beziehungsweise „geschürft“. Beim Bitcoin Mining wird Rechenleistung zur Transaktionsverarbeitung, Absicherung und Synchronisierung aller Nutzer im Bitcoin-Netzwerk zur Verfügung gestellt. Das „Schürfen“ (englisch: „Mining“) erfolgt in einer Art dezentralem Bitcoin-Rechenzentrum, das rund um die ganze Welt verteilt ist. Ist ein Block von Transaktionen generiert, nehmen die Miner die Informationen und wenden darauf eine mathematische Formel an, die die Transaktion in eine Aneinanderreihung von Buchstaben und Zahlen umwandelt. Dies wird „Hashen“ genannt. Der Hash wird im Block am Ende der Blockchain aufbewahrt. Jeder Hash eines Blocks benutzt den Hash des vorherigen Blocks. So wird bestätigt, dass der jetzige Block und der davor gültig sind. Wollte jemand eine Transaktion manipulieren, müsste er den Hash verändern. Wenn jemand aber die Echtheit des Blocks mit der Hashing-Funktion überprüft, würde er erkennen, dass der Hash nicht mit dem in der Blockchain übereinstimmt, und der Block würde als Fälschung enttarnt. Hat jemand erfolgreich einen Hash erzeugt, erhält er dafür (derzeit noch) 12,5 Bitcoins. Das Bitcoin-Protokoll macht das „Hashen“ für die Miner durch die Einführung eines „Arbeitsnachweises“ absichtlich schwierig – und die Schwierigkeit steigt mit der Zeit an: Es wird immer zeitintensiver und teurer (Stromkosten, Computertechnik), einen Hash zu erzeugen. Die maximale Menge der „schürfbaren“ Bitcoins beträgt 21 Millionen. 1 Bitcoin entspricht Einhundertmillionen „satoshis“ beziehungsweise 1 satoshi = 0,00000001 Bitcoin.

Regionale Verteilung der „Bitcoin Mining Hashrate“, April 2021



Quelle: Cambridge Bitcoin Electricity Consumption Index.

zu überweisen, wobei nur der finale Zahlungssaldo auf der Blockchain gespeichert wird. Das erhöht den Durchsatz ganz erheblich und entlastet die Blockchain. Allerdings ist auch hier letztlich natürlich die Inanspruchnahme von knapper Blockchain-Kapazität erforderlich.

Zudem ist noch nicht abschließend geklärt, ob das Lightning-Network so sicher ist, wie es sich die mit Bitcoin Zahlenden wünschen. So gibt es offensichtlich eine Reihe von „Verwundbarkeiten“.² Da ist das „Griefing“: Die im Lightning-Network deponierten Bitcoin könnten „eingefroren“ werden, indem der Zahlungskanal mit Mikrozahlingen „überschwemmt“ wird. Da ist zudem das „Flood and Loot“, ein Vorgang, durch den Bitcoin gestohlen werden könnten. Und da ist das „Time-Dilation Eclipse“: Auch hier könnte durch Kontrolle von vielen „Nodes“ Bitcoin gestohlen werden. Wie gesagt, ob diese Sicherheitsgefahren relevant werden und gegebenenfalls geheilt werden können, lässt sich noch nicht abschließend beantworten.

Die Kosten des Zahlens sind bedeutsam für den Geldverwender. Wer zum Bitcoin gegen US-Dollar oder Euro bei einer Kryptobörse handelt (also kauft oder verkauft), der muss Gebühren zahlen. Die Handelsplattform stellt dem Kunden für Kauf und Verkauf zum einen Kosten in Rechnung, die sich aus dem Tausch von Kryptoeinheiten in offizielle Währungen ergeben. Zum anderen werden Gebühren fällig, die sich meist errechnen als Prozentsatz auf den Transaktionsbetrag, wobei der Prozentsatz meist umso kleiner wird, je größer der Betrag ist. Bei beispielsweise PayPal liegen sie derzeit für Beträge von 1 bis 24,99 US-Dollar bei 0,50 US-Dollar, für 25 bis 100 US-Dollar bei 2,3 Prozent, für 100,01 bis 200 US-Dollar bei 2,0 Prozent, für 200,01 bis 1000 US-Dollar bei 1,8 Prozent und für 1000,01 US-Dollar und größer bei 1,50 Prozent.³

Wer Bitcoin-Zahlungen auf der Blockchain durchführt, der muss ebenfalls eine Transaktionsgebühr entrichten. Sie ergeben sich in Abhängigkeit von der Abwicklungsgeschwindigkeit, die wiederum vom Auslastungsgrad des Bitcoin-Networks abhängt. Richtigerweise sollte der Preis in Satoshis ausgewiesen werden. Mitte April 2021 kostete eine Transaktion 50 US-Dollar. Im Jahr 2018 lag die Gebühr durchschnittlich bei weniger als 10 US-Dollar, Ende 2017/Anfang 2018 erreichte sie 891 US-Dollar („6 Blocks Fee“) und 965 US-Dollar („Next Block Fee“). In dieser Zeit war die Nachfrage nach Bitcoin sehr groß (weil der Bitcoin-Preis stark angestiegen war), gleichzeitig gab es aufgrund von Stromengpässen in China Kapazitätsknappheit.

Die Transaktionskosten im „Lightning Network“ bestehen aus 1) einer Basisgebühr („Base fee“) und 2) einer Liquiditäts-Gebühr („Liquidity Provider Fee“). Die Basisgebühr („Flat fee“) ist der Preis (in Satoshis), die eine einzelne Person für eine Durchleitung von Zahlungen durch seine Nodes fordert. Die Liquiditäts-Gebühr hängt davon ab, wie viele Bitcoins durch die Nodes, die ein Teilnehmer im Bitcoin-Network hat, abgewickelt werden. Wenn zum Beispiel die Gebühr 0,01 Satoshis beträgt für jeden Satoshi, der durchgeleitet wird, muss jemand, der 1.000 Satoshis überweist, 10 Satoshis zahlen. Dazu ein einfaches Beispiel:

Die Basisgebühr beträgt 2.000 Satoshi, die Liquiditäts-Gebühr beträgt 1 Prozent pro Satoshi, der abgewickelt wird. Wenn 10.000 Satoshi überwiesen werden, dann betragen die Kosten 2.100 Satoshi. [also: $2.000 + (10.000 * 0,01)$]. Anders

² Siehe hierzu Colin Harper, 4 Bitcoin Lightning Network Vulnerabilities ... , Oktober 2020, www.coindesk.com/bitcoin-lightning-network-vulnerabilities-not-exploited-yet

³ Siehe <https://www.paypal.com/us/webapps/mpp/paypal-fees> (eingesehen am 19. April 2021).

ausgedrückt: 1 Bitcoin entspricht 100.000.000 Satoshis (sprich: 100 Millionen Satoshis). Beim aktuellen Bitcoin-Preis von etwa 55.000 US-Dollar pro Stück wäre der Preis eines Satoshis 0,00055 US-Dollar. Im angeführten Beispiel betragen die Kosten einer Bitcoin-Transaktion also demnach 1,155 US-Dollar.

DER CHINA-FAKTOR

Der US-Investor Peter Thiel – der sich selbst als „Pro-Krypto“ und „Bitcoin Maximalist Person“ bezeichnet – hatte jüngst Bedenken geäußert, der Bitcoin könnte eine „finanzielle Waffe“ der Kommunistischen Partei Chinas sein, die sie vor allem gegen den US-Dollar und damit auch gegen die Vereinigten Staaten von Amerika einsetzen könnte. Im April 2020 befand sich etwa 65,1 Prozent der Mining-Hash-Kapazität des weltweiten Bitcoin-Networks in China, gefolgt von den USA mit 7,2, Russland mit 6,9 Prozent und Kasachstan mit 6,2 Prozent.⁴ Was bedeutet die hohe Konzentration der weltweit verfügbaren Bitcoin-Network-Rechenleistung in China?

Kurzfristig können zum Beispiel regionale Stromausfälle die Funktionsfähigkeit des Bitcoin-Networks weltweit beeinträchtigen; gleiches gilt für den Fall, dass Serverfarmen in China aufgrund politischer Motive geschlossen werden. Prinzipiell kann sich jedoch das dezentrale Bitcoin-Network bei derartigen Vorfällen neu sortieren, die Rechenleistung weltweit beziehungsweise regional neu verteilen; zumindest wäre das in der mittleren bis langfristigen Sicht gut denkbar. Allerdings könnte das mit einer beträchtlichen Veränderung der Stromkosten für das Network verbunden sein und die Mining-Aktivität bremsen – schließlich profitiert das Bitcoin-Network von den niedrigen Stromkosten in China.

Der stellare Preisanstieg des Bitcoin (ausgedrückt in offiziellen Währungen wie US-Dollar, Euro und Co) in den letzten Jahren hat vermutlich viele Gründe. Zum einen wird der Bitcoin von einer „Kerngruppe“ nachgefragt (und gehalten), die ihn als das künftige Geld einstufen, das das ungedeckte Papiergeld verdrängen wird. Sie halten Bitcoin in ihrer „Personal Wallet“ und verfügen über den „Private Key“, oder sie parken Bitcoin bei Handelsplattformen (SDEX, Coinbase, Kraken, Bitstamp etc.), ohne dabei über den „Private Key“ zu verfügen. Neuerdings fragen institutionelle Anleger (Hedgefonds, ETF-Emittenten etc.) verstärkt im Eigeninteresse oder im Auftrag ihrer Kunden Bitcoin nach.

Hinter dieser Anlegergruppe verbergen sich ebenfalls unterschiedliche Motive. Wer sein Geld Hedgefonds oder einem Investment-Vehikel gibt, damit diese in seinem Auftrag Bitcoin kaufen, der hat in der Regel keine andere (regulatorische) Möglichkeit, Bitcoin zu erwerben, beziehungsweise für ihn erscheint der „indirekte Erwerb“ von Bitcoin am vorteilhaftesten. Wer auf indirektem Wege in den Besitz von Bitcoin gelangen möchte, der hat vielleicht die Erwartung, dass der Bitcoin zum neuen Weltgeld aufsteigen wird, dass der Bitcoin die offiziellen Währungen wie US-Dollar, Euro und Co aus dem Rennen werfen wird und als Transaktions- und Wertaufbewahrungsmittel ersetzen wird.

Vermutlich verfolgen aber vor allem diejenigen, die Bitcoin indirekt erwerben, spekulative Zwecke: Sie wetten darauf, dass der Bitcoin-Preis weiter ansteigt, und an diesem Preisanstieg will man teilhaben; ob Bitcoin zum Weltgeld aufsteigt wird oder nicht, spielt für sie keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Nachfrage nach Bitcoin, die sich aus der „reinen Preisspekulation“ speist, dürfte mittlerweile beträchtlich, wenn nicht gar gewaltig sein. Es liegt nahe, dass die fulminante Preissteigerung des Bitcoin und insbesondere die zuweilen hoch-



Source: Independent.

“I do wonder whether at this point, Bitcoin should also be thought [of] in part as a Chinese financial weapon against the U.S.”

—Peter Thiel, 11. April 2021
(via Bloomberg).

⁴ Siehe Cambridge Bitcoin Electricity Consumption Index www.cbeci.org/mining_map.

fliegenden Erwartungen, die Bitcoin-Preisrallye werde sich ungebremst weiter fortsetzen, von der „reinen Preisspekulation“ abhängen.

DIGITALES GOLDGELD

Für einige Zahlungsbereiche hat sich der Bitcoin vermutlich bereits fest etabliert. Aber das heißt noch nicht, dass er auch zum (Welt-)Geld – zum allgemein akzeptierten Zahlungsmittel – aufsteigen wird. Einen Vorteil des Goldes gegenüber Kryptoeinheiten sei an dieser Stelle genannt: Eine Kryptoeinheit kennt nur eine Nachfrage: die Nachfrage zu Geldzwecken. Edelmetalle werden hingegen nicht nur zu Geldzwecken, sondern auch zu industriellen Zwecken und als Schmuck nachgefragt. Der Wert einer Kryptoeinheit kann möglicherweise auf null fallen – beispielsweise dann, wenn eine neue, eine in wichtigen Eigenschaften bessere Kryptoeinheit auf den Markt kommt.

Dass Gold zum Totalverlust wird, ist hingegen nahezu ausgeschlossen. Denn das Gold hat auch eine nicht-monetäre Nachfrage – und zwar für Industrie- und Schmuckzwecke (das gilt natürlich auch für Silber). Also selbst dann, wenn die Edelmetalle nicht mehr als Geld nachgefragt würden, bliebe eine „Restnachfrage“ nach ihnen, und daher würde ihr Marktpreis nicht auf null fallen. (Das heißt natürlich nicht, dass der Tauschwert des Goldes nicht stark verfallen könnte, sollte die monetäre Nachfrage nach Gold sich in Luft auflösen – was aber aus heutiger Sicht sehr unwahrscheinlich erscheint.)

Abschließend sei ein kurzer Blick auf das Konzept eines *digitalen Goldgeldsystems* geworfen, als Beispiel dient dabei das Modell der Australischen Münze („Perth Mint“). Die Perth Mint“ bietet einen „Perth Mint Gold Token“ (PMGT) an. Jeder PMGT ist eine tokenisierte Version eines „GoldPass certificates“, das zu 100 Prozent mit physischem Gold gedeckt und im Tresor der Perth Mint gelagert ist. „GoldPass“ ist eine digitale Plattform, die auf der Blockchain basiert. Der PMGT ist eintauschbar in 1 Feinunze physisches Gold oder in den Gegenwert von Fiat-Währungen. Es gilt die „Formel“:

1 PMGT = 1 Feinunze GoldPass Zertifikat = 1 Feinunze physisches Gold.

Der PMGT kann 1:1 in 1 GoldPass Zertifikat getauscht werden und umgekehrt: 1 GoldPass Zertifikat kann 1:1 in 1 PMGT getauscht werden. Der PMGT erhöht die Handelbarkeit, die Liquidität des physischen Goldes. Auch die Lagerung des physischen Goldes wird effizienter, der Nachweis des eingelagerten Goldbestandes wird erleichtert. Bisher ist GoldPass als Download im Apple App Store und Google Play Store allerdings nur in Australien und den USA erhältlich.

Aus dem Modell des PMGT ließe sich (leicht) ein weltweit funktionierendes Zahlungssystem entwickeln. Beispielsweise indem weitere – privat geführte – Goldlagerstätten ihre Dienste anbieten. Konten können geführt werden in Token, die eine bestimmte physische Goldmenge repräsentieren, und deren Wechselkurse sich frei am Markt bilden (und im „Normalfall“ bei 1:1 liegen); vermutlich würden nach und nach im Wettbewerb einige wenige Token übrig bleiben. Zudem müsste natürlich die Steuerbelastung in Form von Mehrwert- und/oder Kapitalertragsteuer (soweit sie erhoben werden) abgeschafft werden, damit die Kostenbelastung die Verwendung des tokenisierten physischen Goldes (oder Silbers) dessen Geldverwendung verhindert.

DIE NEUAUFLAGE DER MARXISTISCHEN „VERELENUNGSTHEORIE“: KLIMAWANDEL UND CORONA. WAS MISES UND HAYEK DAZU SAGEN WÜRDEN

► **Corona und Klimawandel erweisen sich als ein Wachstumselixier für den Staat. Wenn der Staat (wie wir ihn heute kennen) nicht als Problem, sondern weiterhin als Lösung in Zeiten von Corona und Klimawandel angesehen wird, droht das Abgleiten in den allmächtigen Staat, eine „Chinarisierung“ der westlichen Welt.**

Die Verelendungstheorie der Marxisten lautet in Kurzform wie folgt: Der Kapitalismus verarmt die breite Bevölkerung. Wer dieses Unheil verhindern will, der muss den Kapitalismus abschaffen und ihn durch den Sozialismus ersetzen. Mit der Verelendungstheorie wollten die Marxisten die Angst der Menschen vor dem Kapitalismus schüren, ihn in den Augen der breiten Öffentlichkeit diskreditieren, um dem Sozialismus als heilbringende Lösung den Weg zu ebneten.

Die Marxisten wissen: Das Erzeugen von Angst – vor allem diffuser, irrationaler Angst – ist ein Mittel, um Macht und Herrschaft über Menschen zu gewinnen. Menschen, die Angst haben, suchen Schutz beim Stärkeren, unterwerfen sich seiner Autorität, sind sogar zu fundamentalen Verhaltensänderungen bereit. Und der Stärkere, dessen Weisungen sie sich unterwerfen, ist heutzutage der Staat. Politisch Angst zu schüren und/oder zu instrumentalisieren, ist so gesehen eine Strategie zur Ermächtigung des Staates.

Ich will in diesem Aufsatz nicht die Problematik des „Coronavirus“ und des „Klimawandels“ in Frage stellen. Vielmehr will ich eine kritische Haltung einnehmen gegenüber der herrschenden Konsensmeinung und sagen: Wer alle Sinne beisammen hat, der kann nicht übersehen, dass beide Themen (Corona und Klima) von politischen Kreisen quasi für eine Neuauflage der Marxschen Verelendungstheorie genutzt werden.

Der Klimawandel bedroht, so ist zu hören, die Menschheit und mache, wenn sich nichts Grundlegendes än-

dert, unser Leben auf dem Planeten unmöglich. Dürren und Hungersnöte drohen; Verteilungskämpfe verschärfen sich, der Migrationsdruck steigt, Kriege werden die Folgen sein. Den meisten Menschen ist mittlerweile vermutlich angst und bange, wenn sie das Wort „Klimawandel“ nur hören.

Ganz ähnlich stellt sich die Problemlage beim Coronavirus dar. Wer nicht an den Folgen des Coronavirus zugrunde gehen, wer nicht Schuld auf sich laden will, das Leben anderer zu gefährden, der hält sich an das, was der Staat „von oben“ verordnet – Einschränkung der Grundrechte, Maskenzwang, Verabreichung von Impfstoffen.

Dass nur der Staat uns „retten“ kann, denken mittlerweile sehr viele Menschen. Die Angst vor dem Klimawandel und die Angst vor dem Coronavirus führen im Ergebnis zu einer in Friedenszeiten noch nicht dagewesenen Ermächtigung des Staates, für die die Menschen teilweise freiwillig durch ihre angsterfüllte Unterwerfung sorgen; die teilweise der Staat aber auch selbst, ohne ausdrückliche Zustimmung der Menschen, herbeiführt – indem er sprichwörtlich seine Ketten sprengt, Recht und Verfassung beiseiteschiebt.

Doch, so werden einige von Ihnen jetzt vielleicht fragen, ist der Machtzuwachs des Staates in Zeiten großer gesellschaftlicher Bedrängnis letztlich nicht alternativlos, um die drängenden Probleme zu lösen? Dieser Frage sollte man sich keinesfalls durch eine hastige Bejahung entziehen, nur weil das vielleicht bequem ist.

Vielmehr ist es dringend notwendig, eingehende Überlegungen darüber anzustellen, ob es nicht vielleicht auch ohne Staat geht, ja dass es ohne Staat gehen muss, wenn Freiheit und Wohlstand der Menschen erhalten bleiben sollen. Das sind wichtige Überlegungen, zumal weltweit eine besorgniserregende Entwicklung im Gange ist, die durch Klimawandel und Corona noch weiter beschleunigt wird.

Die Regierungen vieler Staaten – beziehungsweise die Sonderinteressengruppen, die sie für ihre Zwecke einspannen – wollen einen „Großen Neustart“, eine „Große Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft herbeiführen. Dieser „politische Globalismus“, wie ich ihn bezeichne, will nicht, dass die Menschen ihre Geschicke eigenverantwortlich in einem System der freien Märkte gestalten. Die Ideologie der politischen Globalisten sieht vielmehr vor, dass Wirtschaft und Gesellschaft sich nicht „evolutionär frei“, sondern von staatlichen Stellen dirigistisch-gelenkt-und-geplant entwickeln sol-

len; Klimawandel und Coronavirus kommen ihr da wie gerufen.

Der Staat – Mises's und Hayeks Positionen

Was können wir von Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) lernen, um dieser äußerst heiklen und komplexen Gefahr zu begegnen? Von beiden Denkern lernen wir, dass (1) der Staat nur allzu leicht entgrenzen kann, dass seine Macht zur Gefahr für Freiheit und Wohlstand der Menschen wird; und (2) dass es bei Corona und Klimawandel ein *Wissensproblem* gibt, dessen Lösung (und das ist meine Interpretation) dem Staat nicht anvertraut werden kann.

Der Staat steht hier und im Folgenden also in der Kritik, und daher sollte zunächst geklärt werden, was der Staat ist. Unterschiedliche Personen verstehen unter dem Wort "Staat" unterschiedliches. Für die einen ist der Staat derjenige, der für Recht und Ordnung sorgt. Für andere ist der Staat so etwas wie ein "notwendiges Übel", bestenfalls ein „wohlmeinenden Diktator“, etwas, zu dem es keine Alternative gibt.

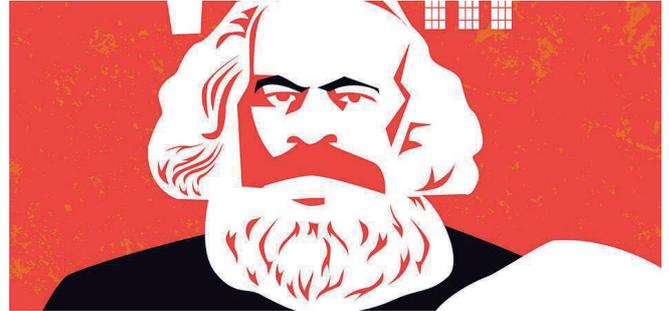
Wie lauten die Positionen von Ludwig von Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) in der Staatsfrage? Mises sieht die Notwendigkeit einer Institution, die die Gemeinschaft mit den Gütern Recht und Sicherheit ausstattet; und diese Aufgabe – und *nur* diese Aufgabe – spricht Mises dem Staat zu. Er erblickt im Staat einen „Zwangsapparat“:

„Die gesellschaftliche Einrichtung, die durch Anwendung von Zwang und Gewalt die gesellschaftsschädlichen Leute dazu bringt, sich an die Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu halten, nennen wir Staat, die Regeln, nach denen dabei vorgegangen wird, Recht, und die Organe, die die Handhabung des Zwangsapparates besorgen, Regierung.“⁵

Gleichzeitig sieht Mises jedoch die Gefahr, dass der Staat die Freiheit und Sicherheit der Menschen zerstört. Deshalb will er nicht, dass der Staat ein *Gewaltmonopol* innehat. Und um die Monopolstellung zu entschärfen, zu relativieren, spricht Mises sich für ein *Ausstiegsrecht*, für ein *Recht auf Sezession* aus: Jeder hat das Recht, aus einem Staatsgebiet auszutreten, wenn er nicht mehr dazugehören will. Ein „Abstimmungsrecht mit dem Fuß“ soll also nach Mises die Missbrauchsmacht des Staates einhegen beziehungsweise verhindern.

Wie sieht Friedrich August von Hayek (Mises' bekanntester Schüler) den Staat? Hayek hat in seinem Welt-

bestseller "Der Weg zur Knechtschaft" (1944) unmissverständlich deutlich gemacht, dass er den Staat für notwendig hält: "Kein vernünftiger Mensch kann sich ein Wirtschaftssystem vorstellen, in dem der Staat ganz untätig ist."⁶ Es ging Hayek vor allem darum, dass der Staat das Recht setzt und durchsetzt, und dass die Freiheit des Individuums gewahrt bleibt.



Der „späte Hayek“ – wie er sich in „Die Verfassung der Freiheit“ (1960) und in „Recht, Gesetz und Freiheit“ (1973, 1976 und 1979) geäußert hat – war allerdings nicht kleinlich, dem Staat alle möglichen Aufgaben zuzuweisen – und daher wird der späte Hayek zuweilen auch gern von freiheitsfeindlichen kollektivistisch-sozialistischen Gesinnten versucht zu vereinnahmen.

Es steht jedoch außer Frage (und ich will mich an dieser Stelle kurz fassen), dass sowohl Mises und Hayek die Gefahr klar vor Augen hatten, dass der Staat zum Problem werden kann – und dass er sich nicht für den Schutz des Eigentums, der Freiheit und des Friedens der Bürger einsetzen, sondern dass er die Grundpfeiler der freien Gesellschaft zerstören, dass er sogar totalitär werden kann.

Gefahr der Allmacht

Dass die Entwicklung hin zu einem immer stärkeren und größeren Staat in der westlichen Welt in vollem Gange ist, lässt sich empirisch gut beobachten: Die Zahl der Verordnungen, Regularien und Gesetze wächst; die Belastung der Bürger und Unternehmer mit Steuern steigt; die Staatsverschuldung nimmt zu; immer mehr Menschen hängen am staatlichen Tropf; der Staat ist in nahezu alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereich vorgegrungen.

Dafür gibt es auch eine ökonomische Erklärung. Sie tritt zutage, wenn man den Staat, wie wir ihn heute vorfinden, als das sieht, was er tatsächlich ist, was ihn ausmacht. Sprechen wir es aus: *Der Staat ist der territoriale Monopolist der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte, die auf seinem Gebiet auftreten.*

⁵ Mises (1927), *Liberalismus*, S. 32.

⁶ Hayek (2004), *Weg zur Knechtschaft*, S. 37.

Der Expansionsdrang eines solchen Staates ist in Demokratien besonders ausgeprägt. Politiker, die an die Macht gelangen wollen, brauchen Mehrheiten. Die lassen sich dann besonders gut gewinnen, wenn den Wählern Wohltaten versprochen werden: kostenlose Schulbildung, bessere Straßen, Mindestlöhne, weniger Arbeitsstunden etc.

Der demokratische Staat weitet sich im Zeitablauf immer weiter aus, dringt in alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche vor. Vor allem Finanz- und Wirtschaftskrisen befördern erfahrungsgemäß die Expansion des Staates. In der Not der Stunde rufen alle nach dem Staat – selbst dann, wenn es der Staat gewesen ist, der für die Not der Stunde die Verantwortung trägt. Hans Herman Hoppe hat das Phänomen des immer größer und mächtiger werdenden Staates prägnant auf den Punkt gebracht: *Selbst ein Minimalstaat wird früher oder später zum Maximalstaat.*

Ganz in diesem Sinne lässt sich auch die Coronavirus-Krise deuten. Sie erweist sich geradezu als ein „Beschleuniger“ auf dem Weg zur Allmacht des Staates. Freiheitsrechte, unveräußerliche Grundrechte werden suspendiert. „Die Freiheitseinschränkungen sind ja nur vorübergehend“, so wird hier und da gesagt. Doch solche Beschwichtigungen können jedoch nicht beruhigen, wenn man sich über den Expansionsdrang des Staates erst einmal Klarheit verschafft hat.

Verfehlte Anreize

In der Zeit der Angst kann der Staat seine Macht besonders einfach ausweiten – und das ist für die Regierenden eine allzu große Verlockung. Der Grund ist der Folgende: Die Regierenden haften grundsätzlich nicht mit ihrem Eigentum für die Kosten, die ihre Entscheidungen verursachen; diese Kosten haben vielmehr die anderen zu tragen.

Präsidenten, Premierminister, Kanzler, Minister und Abgeordnete beziehen ihr Gehalt (und ihre späteren Pensionen) aus Steuergeld – selbst wenn sie einen Lockdown diktieren, der die Wirtschaft zusammenbrechen lässt, der Firmen in die Pleite treibt und viele Menschen arbeitslos macht.

Und wenn auch noch das Gesundheitssystem dem Staat untersteht, hat der Staat zudem die Möglichkeit, die Interpretation des Krankheitsgeschehens maßgeblich in seinem Sinne bestimmen zu können, anders lautende, kritische Stimmen beiseitezuschieben, und so seine freiheitsfeindlichen Maßnahmen scheinenzulogitimieren.

Die Regierenden haben die Volkswirtschaften nicht nur in eine große Wirtschaftskrise gestürzt, sondern es ist ihnen dabei sogar auch noch gelungen, sich als „Retter in der Not“ darzustellen. Sie erzählen der Öffentlichkeit, sie werden die ausgefallenen Einkommen und Umsätze ersetzen. Wie? Indem ihre Zentralbanken neue Staatsschulden aufkaufen und sie mit neu geschaffenen Geld bezahlen.

Man erhöht also die *Inflationssteuer*, wie es zur Kriegsfinanzierung gang und gäbe ist. Die Ausweitung der Geldmenge bedeutet, dass die Kaufkraft des Geldes absinkt (und zwar notwendigerweise – gegenüber einer Situation, in der die Geldmenge nicht ausgeweitet wird). Die breite Bevölkerung, die Geld hält und Geldersparnisse hat, kommt folglich für die Kosten der politisch diktierten Lockdown-Krise auf. Nicht der Staat zahlt, die Bürger und Unternehmer zahlen die Zeche.

Der Staat, der sich als Retter aufspielt, macht auf diese Weise eine wachsende Zahl von Menschen von sich abhängig. Unternehmen hängen zusehends an Subventionen, Arbeitslose immer stärker an Transferzahlungen. Der Staat schafft sich ein Heer von Bedürftigen, die ihm notgedrungen oder untertänig die Treue halten.

Dezentrale Lösungen

Es ist naiv zu hoffen, eine Pandemie ließe sich innerhalb der bestehenden Gesellschafts- und Politikstrukturen bekämpfen, ohne dabei gewaltige Kollateralschäden zu verursachen – Schäden, die bis zum völligen Verlust der freien Wirtschaft und Gesellschaft (oder dem, was davon noch übrig ist) führen können. Doch gibt es eine Alternative? Antwort: Ja, es gibt eine. Sie heißt *Privatrechtsgesellschaft* – und sie soll uns hier und im Folgenden als Kontrastfolie dienen.

Das Konzept der Privatrechtsgesellschaft ist denkbar einfach. Es basiert auf dem unbedingten Respekt vor dem Privateigentum und zeichnet sich durch zwei zentrale (Handlungs-)Prinzipien aus: (1) Alle unterstehen dem gleichen Recht, dem *Privatrecht*. Es gibt kein öffentliches Recht über und neben dem Privatrecht. Niemand hat rechtliche Privilegien gegenüber anderen. (2) Die Menschen regeln ihre Geschicke im System der freien Märkte, und das heißt durch freiwilligen Tausch.

In der Privatrechtsgesellschaft ist jeder Eigentümer seiner selbst und der Güter, die er auf nicht-aggressivem Wege erworben hat (durch Inlandnahme, Produktion und Tausch/Schenkung). Alle Güter befinden sich im Privateigentum: alles Land, Flüsse, sämtliche Häuser, die Straßen, Schulen, Krankenhäuser, die Flughäfen; sie sind Pri-

vatbesitz, den Einzelpersonen oder den Vereinigungen von Personen an ihnen haben.

Wie würden die Menschen in einer Privatrechtsgesellschaft mit einer Virus-Epidemie umgehen? Zwar gibt es keine „Erfahrungsberichte“, die eine Antwort auf diese Frage liefern könnten. Jedoch lassen sich ökonomische Überlegungen anführen, wie die Privatrechtsgesellschaft mit dem Problem fertig werden würde – und dass sie sie durchaus erfolgreich und unter Wahrung der Freiheit des Individuums bewältigen könnte.

In der Privatrechtsgesellschaft sind die Menschen *eigenverantwortlich* und haften für ihre Handlungen. Jeder unterliegt daher den allergrößten Anreizen, die eigene Gesundheit und die anderer zu schützen.

An erster Stelle würde daher die Stärkung der eigenen Immunität und der der Familie stehen – durch Ernährung, Sport, Bewegung an der frischen Luft und, wenn möglich, Genuß des Sonnenscheins.

In der Privatrechtsgesellschaft entscheidet jede Person, ob er/sie mit anderen Personen in Kontakt kommen will oder nicht; und wenn er/sie mit anderen in Kontakt kommen möchte, unter welchen Bedingungen (mit oder ohne Maske, häufiges Händewaschen, Einhalten von Abständen).

Es wird Personen geben, die weiterhin erlauben, dass anderen Personen ihr Eigentum (Land, Flughafen, Straße, Haus) betreten, dann aber vermutlich unter bestimmten Sicherheitsmaßnahmen.

Andere Personen hingegen werden von zwischenmenschlichen Kontakten soweit wie möglich absehen wollen – weil sie selbst stark gefährdet sind, oder weil sie für Menschen verantwortlich sind, die besonders krankheitsanfällig sind (wie z. B. alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen).

Eine Stilllegung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens „von oben diktiert“ gäbe es in der Privatrechtsgesellschaft nicht. Der Anreiz, Lockdown-ähnliche Zustände zu schaffen, ist gering, denn sie sind der Immunität abträglich: Ausgeh- und Urlaubssperren schwächen die Abwehrkräfte, gleiches gilt, wenn Menschen in die Arbeitslosigkeit gestoßen, Existenzen vernichtet werden.

In einer Privatrechtsgesellschaft gibt es einen wirksamen *Wettbewerb der Ideen*, und die Menschen können aus ihren Erfolgen und Misserfolgen lernen: das, was sich bewährt, wird fortgeführt und verbessert, das, was nicht funktioniert, wird beendet und durch bessere Lösungen ersetzt.

In einer Privatrechtsgesellschaft ist das Gesundheitssystem privatisiert. Die Versorgungsleistungen werden auf einem freien Markt angeboten und nachgefragt. Ihre Preise reagieren auf Angebots- und Nachfrageänderungen. Beispielsweise beobachten Krankenversicherungen genau, welche Krankheitserscheinungen unter welchen Bedingungen entstanden sind – und verändern ihre Tarife entsprechend: Krankheitsförderndes Verhalten wird entmutigt, krankheitsvermeidendes Verhalten wird ermutigt.

Im Bestreben, die Kunden zufrieden zu stellen, werden Krankenversicherungen bestrebt sein, Versorgungsgaps zu vermeiden beziehungsweise zu lindern – indem sie zum Beispiel die Kapazitäten für Krankenhausbehandlung erweitern, oder indem sie krankheitsverhindernde Maßnahmen (wie bessere Ernährung, physische Kräftigung etc.) ermutigen. Auch hier gibt es einen Wettbewerb, der die besten Lösungen hervorbringt.

Wettbewerb gibt es auch in der angewandten und forschenden Medizin: In der Privatrechtsgesellschaft gibt es keine „von oben“ vorgegebene zentrale Stelle, die bei der Ursachendiagnose und der Bekämpfung einer Virus-erkrankung ein Deutungs- und Durchsetzungsmonopol beanspruchen kann. Der Wettbewerb verhindert insbesondere, dass kritische Stimmen nicht übergangen oder zum Schweigen gebracht werden.

Bei der Sammlung und Auswertung der Daten zur Krankheitslage herrscht ebenfalls Wettbewerb. Die Wahrscheinlichkeit, dass Deutungsfehler auftreten, dass Fehlinterpretationen (wie sie beim PCR-Test vorliegen) rasch bereinigt werden, ist daher groß. Der Anreiz, der medizinischen Wahrheit auf die Spur zu kommen, ist höher als im staatlich alimentierten, beherrschten Gesundheitssystem. Gerade die Dezentralisierung eröffnet die Möglichkeit, einen ergebnisoffenen Diskurs zu befördern, der das geeignetste medizinische Vorgehen herausbildet.

Die Anbieter von Gesundheitsleistungen stehen untereinander im Wettbewerb. Das sorgt tendenziell für einen Abwärtsdruck auf die Marktpreise für Gesundheitsleistungen. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass die Anbieter von Gesundheitsleistungen einen Anreiz haben, ihre Kunden aufzuklären, wie sie sich vor der Viruserkrankung am besten schützen können – denn eine erfolgreiche Krankheitsvermeidung senkt die Behandlungskosten für die Krankenversicherungen.

Ich glaube, ich muss an dieser Stelle nicht gesondert erwähnen, dass all diese konstruktiven wettbewerblichen Kräfte im staatlich beherrschten Gesundheitssystem ge-

schwächt sind oder gar fehlen; dass der Staat, wenn er das Gesundheitssystem beherrscht, unter Umständen sogar bereit ist, seine Belange vor die Gesundheit der Menschen zu stellen, um seine eigenen Ziele – die Machtausweitung – zu verfolgen.

Ich vermute, dass sich Mises und Hayek mit den Handlungsprinzipien, die sich in einer Privatrechtsgesellschaft herausbilden würden, in Zeiten des Coronavirus anfreunden könnten; weil Mises und Hayek vermutlich die Gefahren einer staatlichen Gesundheitsdiktatur“ erkennen würden.

CO2-Steuer gegen Klimawandel

Damit beende ich die Diskussion um den Umgang mit dem Coronavirus und wende mich der zweiten Drohkulisse der Verelendungstheorie zu: dem Klimawandel. Der Klimawandel wird als menschengemachtes Phänomen gedeutet, und auch (wie in der Coronavirus-Krise) wird der Staat auch hier als der Retter in der Not angesehen.

Die allseits befürwortete Heilsidee ist, dass der Staat eine CO2-Steuer erhebt. Die Befürworter der CO2-Steuer berufen sich auf das Problem der „negativen Externalitäten“: Die CO2-Steuer soll sicherstellen, dass die CO2-Emittenten die Kosten tragen, die ihre Emissionen verursachen. Die Kosten der CO2-emittierenden Produktion sollen verteuert werden – und entweder weniger CO2-intensive Produktionswege ermutigen oder die Güter derart verteuern, dass sie nicht mehr nachgefragt werden.

(Übrigens sei an dieser Stelle die Frage gestellt: Wer bekommt die Steuereinnahmen? Nein, nicht die Geschädigten, der Staat steckt sie sich ein.) Offiziell heißt es, mit der Erhebung der CO2-Steuer soll der Staat durch Kontrolle der menschengemachten CO2-Emissionen das Weltklima lenken. Damit steht der Staat allerdings vor einem gewaltigen *Wissensproblem*.

Preise als Wissensfaktor

Jeder, der die Schriften von Hayek gelesen hat, kennt die Worte „Anmaßung von Wissen“ (das ist der Titel von Hayeks Nobelpreisrede am 11. Dezember 1974). Hayek vertrat die Ansicht, dass das Wissen keine abstrakte, sozial verfügbare Größe, sondern dass es stets an individuelle Personen gebunden ist.

Der freie Markt kann das Wissen, dass dezentral in den Köpfen der vielen Individuen vorhanden ist, bestmöglich nutzbar machen zum Wohle aller Beteiligten. Der entscheidende Faktor ist der Marktpreis. Steigt beispielsweise

der Preis eines Gutes, heißt das, dass das Gut knapp ist – dass man sparsam mit ihm umgehen muss, und dass es sich lohnt, das Angebot für dieses Gut auszuweiten. Beides sorgt dafür, dass die Preissteigerung abgemildert und die Versorgungslage verbessert wird.

In Europa werden CO2-Zertifikate von den Staaten ausgegeben, und sie werden am Markt gehandelt. So gesehen scheint ein *marktkonformer Umgang* mit dem Problem Klimawandel vorzuliegen. Die entscheidende Frage dabei ist jedoch: Woher wissen die Staaten die richtige CO2-Emissionsmenge, denn die geben sie dirigistisch vor.

Begrenztes Wissen: die „Methode des Verstehens“

Damit kommen wir zu einem besonders schwierigen Wissens- bzw. Erkenntnisproblem, das Ludwig von Mises klar vor Augen hatte. In den Naturwissenschaften wird Wissen durch Laborexperimente gewonnen. Vereinfacht gesprochen geht das so: Man verändert einen Faktor bei Konstanz aller anderen Faktoren. Man testet eine Hypothese wie „Wenn X, dann Y“ oder „Wenn X um a% steigt, verändert sich Y um b%“. Meist lässt sich auf diesem Wege erfolgreich Wissen erarbeiten.

(Gleichwohl muss man hier anmerken: Hieb und Stichfest ist auch diese Methode nicht. Denn sie leidet unter dem *Induktionsproblem*: Nur weil ein Experiment geklappt hat, heißt das noch nicht, dass es auch künftig klappt. Aber weil es offensichtlich so etwas wie Naturgesetzmäßigkeiten gibt, funktioniert die Methode.)

Die Klimawissenschaft ist jedoch anders, ist besonders. Sie ist eine Querschnittsdisziplin, die die Erkenntnisse der Physik, Geologie, Biologie, Meteorologie, Ozeanographie etc. nutzt. Sie stützt sich dabei zum einen auf Erkenntnisse, die aus naturwissenschaftlichen Laborversuchen gewonnen wurden – und damit als hinreichend verlässlich einzustufen sind.

Die Klimawissenschaft untersucht jedoch zum anderen auch komplexe Zusammenhänge über lange Zeiträume. Damit begibt sie sich in das Feld der *geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen*. Und daraus ergeben sich besondere erkenntnistheoretische Probleme. Denn die reale Welt ist kein Labor. Beispielsweise unterliegt die Erdtemperatur vielen Einflussfaktoren, deren Bedeutung im Zeitablauf variiert, und die sich auch gegenseitig beeinflussen können.

Jeder historische Datenpunkt ist sozusagen ein Unikat. Es lassen sich daher auch keine homogenen, miteinander vergleichbaren Beobachtungssätze gewinnen (die man aber benötigt, um Zeitreihenanalysen sinnvoll be-

treiben zu können). Die Klimawissenschaften sind folglich keine Naturwissenschaft in dem Sinne, dass sie ihre Erkenntnisse mittels naturwissenschaftlicher Laborversuche gewinnen könnten.

Vielmehr müssen sich die Klimawissenschaftler notgedrungen der *Methode des Verstehens* – wie Ludwig von Mises sie bezeichnet – bedienen. Die Methode des Verstehens bedeutet, dass man alle verfügbaren geistigen Hilfsmittel zur Anwendung bringt: Logik, Handlungslogik, Mathematik, aber natürlich auch naturwissenschaftliche und geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse.

Das Verstehen bedeutet, dass man etwas nicht mit wissenschaftlicher Gewissheit wissen kann. Ludwig von Mises sagte dazu: „Der logische Raum des Verstehens liegt allein dort, wohin praxeologisches Begreifen und naturwissenschaftliches Erklären nicht zu dringen vermögen.“⁷

Verstehen liefert lediglich Einsichten, die nicht in Widerspruch zu akzeptierten Wissenschaftserkenntnissen stehen. Das sollte deutlich machen, warum die Aussagen, die die Klimawissenschaften vorbringen, nicht die erkenntnistheoretische Qualität haben können, wie man es aus der Naturwissenschaft gewohnt ist.

Die Klimawissenschaften können zum Beispiel nicht sagen, dass in 95% aller beobachteten Fälle sich eine ganz bestimmte Ursache-Wirkungsbeziehung gezeigt hat (beispielsweise zwischen CO₂ und der Erderwärmung).

Sie können auch nicht wissenschaftlich hinreichend begründet sagen, dass ein Zusammenhang von Faktoren, der in der Vergangenheit beobachtbar war, auch künftig notwendigerweise Bestand haben wird.

Und selbst wenn die Klimawissenschaften zum Schluss kämen, CO₂ sei nicht für die globale Erwärmung maßgeblich verantwortlich, dann hätte auch diese Aussage keine wissenschaftliche Gewissheit.

Kurzum: Die Klimawissenschaften können das, was die Menschen von ihnen erhoffen – verlässliche Prognosen über die Zukunft – aus erkenntnistheoretischen Gründen nicht liefern.

Die Eigentumsnorm

Wie geht man mit dem Wissensproblem um? Die Antwort liegt auf der Hand: Man überlässt sie den freien Märkten, genauer: man setzt auf die konsequente

Durchsetzung der Eigentumsrechte – und nicht auf staatliches Handeln.

Derjenige, der sich geschädigt fühlt, zieht vor Gericht, allein oder in der Gruppe (Stichwort: „Sammelklage“) – und verklagt den Schädiger auf Unterlassung beziehungsweise Schadenersatz.

Streitigkeiten werden im Zuge des Deliktsrechts (das Teil des Zivilrechts ist) auf gerichtlichem Wege entschieden. *Gefährdungshaftung* ist hier das Stichwort.

Nehmen wir an, die Richter, denen die Streitfrage vorgelegt wurde, kommen zum Urteil: Ja, der CO₂-Ausstoß muss verringert werden, weil er objektiv nachweisbar Eigentümer schädigt. Die erste Frage, die sich dann stellt, lautet: Wie soll die Verantwortlichkeit eines einzelnen CO₂-Emittenten ermittelt werden?

Kohlenstoffemissionen eines einzelnen Emittenten können einen Klimawandel nur in Verbindung mit den Emissionen vieler anderer Emittenten verursachen. Nach der *Regel der kombinierten Wirkung* wird jedoch jeder Emittent (teil-)haftbar gemacht (und infolge des einstweiligen Rechtsschutzes zur Verringerung beziehungsweise Einstellung seiner Emissionen verurteilt), weil sie zum Klimawandel beitragen (auch wenn sie für sich betrachtet keine Auswirkungen haben).

Ein solcher eigentumsbasierter Umwelt- und Ressourcenschutz befördert, so wäre zu erwarten, den Fortschritt in den Klimawissenschaften. Denn die Gefahr verklagt zu werden, ist für Unternehmen ein wirksamer Anreiz, in die Klimawissenschaft zu investieren. Eigentümer, die sich geschädigt fühlen, haben ebenfalls einen Anreiz, die Klimaforschung zu unterstützen.

Dadurch wird ein produktiver Wissenschaftswettbewerb befördert, und das faktische Meinungsmonopol des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, das staatlich finanziert wird) wird aufgebrochen. Der technologische Fortschritt wird ermutigt. Im Bestreben, die Kosten zu senken, wird die weniger schadstoffintensive Produktion befördert.

Nochmal: die Privatrechtsgesellschaft

Jetzt werden Sie fragen: Wie lassen sich denn Rechtsprechung und Rechtdurchsetzung ohne Staat organisieren? Die freien Märkte, die Privatrechtsgesellschaft, haben auch hier die Lösung.

In einem freien Markt fragen Menschen Recht und Sicherheit nach. Man will schließlich sich und sein Eigentum schützen. Die Anbieter von Recht und Sicherheit

⁷ Mises (1940), Nationalökonomie, S. 56.

sind zum Beispiel Versicherungsunternehmen. Sie bieten Versicherungen an gegen Einbruch, Diebstahl, Feuer, Körperverletzung etc.

In den Versicherungsverträgen wird genau festgelegt, welche Leistungen die Versicherung erbringt. Dazu gehört auch, welche Schiedsstelle oder Richter angerufen werden, wenn ein Konflikt entsteht i) zwischen dem Versicherungs-nachfrager und der Versicherung oder ii) zwischen Versicherungsnachfragern verschiedener Versicherungen.

Schiedsstellen und Richter stehen ebenfalls im Wettbewerb. Um erfolgreich zu sein, müssen sie sich als anerkannte Unparteiische beweisen. Sonst scheiden sie aus dem Markt aus. Beispiel: Herr A ist bei Versicherung X versichert. Nun meldet Herr A seiner Versicherung, dass er von Frau B, die bei Versicherung Y versichert ist, durch Abgase gesundheitlich geschädigt werde.

Die Versicherung X setzt sich mit Versicherung Y in Verbindung. Gibt es keine Meinungsverschiedenheit (kommen die Versicherungen also zum Schluss, die Klage sei berechtigt oder abzuweisen), ist der Fall geklärt (eventuell muss noch ein Schadensanspruch aus-gehandelt werden). Gibt es kein Einvernehmen, wird ein Schiedsgericht angerufen. Vertraglich lassen sich mehrere Instanzen festlegen, aber es wird in den Versicherungsverträgen einen Letztentscheider geben.

Dessen Entscheidung ist bindend. Die Versicherungsunternehmen haben einen Anreiz, sie zu akzeptieren – denn ohne sie wird ihr Geschäftsmodell nicht funktionieren. Zur Durchsetzung des Richterspruches haben die Versicherungsunternehmen entweder spezialisierte Personen („Detektive“ und „Kopfgeldjäger“), oder sie lagern diese Aufgaben an Dritte aus.

Sind die Märkte frei – ist also der Staat, wie wir ihn heute kennen, ausgeschaltet –, wird sich ein internationaler Markt für Versicherungs- und Schiedsgerichte etablieren, ein internationales Regel- und Gesetzeswerk herausbilden, das eine effektive Durchsetzung der Eigentumsrechte in Aussicht stellt.

Streitfälle, die sich um Erderwärmung drehen, landen dann auf den Tischen von unabhängigen Richtern, nicht in den Händen von Politikern, die nur wenig oder kein Interesse haben, das Eigentum ihrer Mitmenschen zu schützen.

Ein beträchtlicher Wissenszuwachs wäre zu erwarten: Weil die Klimawissenschaften einen großen zusätzlichen Anreiz bekommen, intensiv und redlich der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Und das wiederum verbessert die

Möglichkeit, die Eigentumsrechte der Menschen durchzusetzen – nicht nur in einigen wenigen Regionen, sondern letztlich auf der ganzen Erde.

Zum guten Schluss

Mises und Hayek warnen uns gegenüber einem entgrenzten, einem sich selbst entgrenzenden Staat. Es ist eine Warnung von allergrößter Relevanz in einer Zeit, in der die Lösung der Probleme „Klimawandel“ und „Coronavirus-Krise“ (und der damit verbundenen Wissensprobleme) dem Staat zugesprochen beziehungsweise vom Staat beansprucht wird.

Die Freiheit von Bürgern und Unternehmern – und damit letztlich auch Frieden und Wohlstand – bleiben jedoch auf der Strecke, wenn es nicht gelingt, den Staat zurückzubauen.

In der Welt des erstarkten Staates ist nämlich zu befürchten, dass die Drohkulisse „Klimawandel“ weiter auf- und ausgebaut wird; und dass auch die Angst vor weitergehenden Viruserkrankungen weiter befeuert wird – und Impfpflicht, Impass und Bewegungs-App auf der herrischen Agenda der politischen Globalisten einen festen Platz bekommen.

Was aus meiner Sicht notwendig ist, um eine freiheitliche Gesellschaft und den Wohlstand der Menschen zu erhalten, ist eine „Kopernikanische Änderung der Denkungsart“: Wenn der Staat (wie wir ihn heute kennen) nicht als Problem, sondern weiterhin als Lösung der Herausforderungen Corona und Klimawandel angesehen wird, droht das Abgleiten in den allmächtigen Staat, eine Art „Chinarisierung“ der westlichen Welt. Um dieses Szenario zu verhindern, ist der konsequente Rückbau des Staates erforderlich, vor allem auch die Aufspaltung der großen Staatseinheiten in kleine politische Einheiten, die im System der freien Märkte wettbewerblich – also produktiv und friedvoll – miteinander kooperieren.

DIE GEFAHR DER ZINSKONTROLLE

► Mit einer Zinskontrollpolitik ist die Gefahr besonders groß, dass die Zentralbanken in eine zusehends inflationäre Geldpolitik abgleiten.

Die Bank von Japan verfolgt seit 2016 eine Geldpolitik der "Zinskurven-Kontrolle" (englisch: "Yield Curve Control", kurz "YCC"), mit der sie die kurz- und langfristigen Zinsen für japanische Schuldpapiere bei etwa null Prozent hält. Dazu kauft sie vor allem Staatsanleihen. Ganz ähnlich geht die Zentralbank von Australien seit März 2020 vor. Sie hält durch Anleihekäufe den Dreijahreszins bei 0,1 Prozentpunkten. Die Europäische Zentralbank (EZB) scheint sich zusehends zu erwärmen für die Idee, nicht nur die Kurzfrist-, sondern auch die Langfristzinsen zu steuern beziehungsweise ihnen eine Obergrenze aufzuerlegen.

Neu ist die Idee der Zinskurvenkontrolle nicht. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat man sie schon einmal praktiziert: Von April 1942 bis März 1951 setzte die US-Zentralbank die Kurzfristzinsen auf 3/8 Prozent, die Langfristzinsen auf 2,5 Prozent. Der Grund: Die Amerikaner finanzierten die Kriegsausgaben vor allem durch die Ausgabe neuer Schulden, die in erheblichem Maße von der US-Zentralbank gekauft und damit monetisiert wurden; und um die Finanzierungskosten gering zu halten, wurden die Zinsen gedeckelt. Als die Zinskontrolle durch den „Treasury Accord“ beendet wurde, war die Kaufkraft des Greenback um fast 40 Prozent vermindert.

Doch lässt sich aus dieser Erfahrung schlussfolgern, dass eine Politik der Zinskontrolle notwendigerweise zu hoher Inflation führen muss? Die Antwort ist nein. Denn aus einer währungshistorischen Begebenheit kann man aus logischen Gründen keine Gesetzmäßigkeit ableiten: Die historische Erfahrung kann nur zeigen, dass etwas so oder so gewesen ist, nicht aber, dass das Gesehene notwendig war, dass es nicht anders hätte verlaufen können. Auf der anderen Seite kann man der Zinskontrollpolitik aber auch keinen Unbedenklichkeitsnachweis ausstellen. Sie hat nämlich in der Tat das Potenzial, in hoher Inflation zu enden.

Eine einfache Überlegung offenbart das. Wenn eine Zentralbank eine Zinsobergrenze festlegt, dann ist das gleichbedeutend mit der Vorgabe eines Mindestkurses für Anleihen. Liegt der verkündete Mindestkurs über dem markträumenden Kurs – und damit ist zu rechnen, andernfalls bräuchte man keinen Mindestkurs –, stellt

sich ein Angebotsüberhang am Anleihemarkt ein: Das Schuldenangebot steigt, während die Nachfrage nach Anleihen zurückgeht. Um zu verhindern, dass die Kurse nachgeben (und die Renditen steigen), muss die Zentralbank den Angebotsüberhang aufkaufen. Die Käufe bezahlt sie mit neu geschaffenen Geld, das die ausstehende Geldmenge erhöht.

Entscheidend für die resultierende monetäre Wirkung ist dabei, von wem die Zentralbank die Anleihen kauft. Stammen sie aus Beständen der Geschäftsbanken, stellt sich „nur“ eine Ausweitung der Basisgeldmenge ein: In den Bilanzen der Banken nehmen die Anleihebestände ab, und im Gegenzug steigen die Überschussreserven der Banken. Werden hingegen die Anleihen, die die Zentralbank erwirbt, von Nichtbanken (wie zum Beispiel Versicherungen, Pensionskassen oder Privatanlegern) verkauft, nimmt die Basisgeldmenge im Bankensektor zu, und es steigen zudem auch die Geschäftsbankengeldmengen M1 bis M3. Die gleiche Wirkung stellt sich ein, wenn die Zentralbank neu ausgegebene Staatsschulden aufkauft, wenn sie also die öffentlichen Haushalte direkt mit dem Anwerfen der elektronischen Notenpresse finanziert.

Die Verkündung und Durchsetzung eines Mindestkurses für Anleihen kann nun allerdings eine schwer zu bremsende Dynamik entfalten. Je weiter der Mindestkurs der Anleihen über ihrem markträumenden Kurs liegt, je größer fällt das von der Zentralbank zu kaufende beziehungsweise zu monetisierende Schuldenvolumen aus. Und je größer die dabei entstehende Geldmengenausweitung ist, desto stärker wird auch der markträumende Anleihkurs in die Knie gehen: Steigen die Geldmengen stark an, schwindet der Marktwert der Anleihen, und die Investoren verlangen eine höhere Rendite. Das wiederum vergrößert den Angebotsüberhang auf dem Anleihemarkt, der von der Zentralbank aufgekauft werden muss, um den Mindestkurs zu halten. Diese unheilvolle Dynamik verschärft sich, wenn die Schuldenaufnahme des Staates aus dem Ruder zu laufen droht.

Und das ist bei einer Politik der Zinskontrolle nicht von der Hand zu weisen: Können Regierungen zu günstigen Zinsen an Kredite gelangen, werden sie von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Sie werden nicht nur fällige Schulden durch neue ersetzen, die mit einem niedrigeren Zins ausgestattet sind, sondern sie werden vor allem auch die Neuverschuldung ausweiten. Der Finanzhunger der Staaten ist schließlich gewaltig; das zeigt nicht nur die Erfahrung, das zeigt sich gerade auch in der aktuellen wirtschaftspolitischen Lage: Im Ausweiten der Staatsverschuldung, in der Keynesianischen Defizitpolitik, wird der Ausweg aus der Corona-Krise erblickt, der

zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen soll. Hinzu kommt, dass die Staaten auch auf neue Schulden setzen wollen, um „grüne Politik“ oder eine „Große Transformation“ der Volkswirtschaften zu finanzieren.

Dieser Aspekt ist sehr bedeutsam, denn Befürworter einer Zinskontrollpolitik vertreten häufig die Auffassung, mit dem Verkünden eines Mindestkurses für Anleihen (also einer Zinsobergrenze) wüssten die Kapitalmärkte, woran sie sind: Die Investoren verstehen dann, dass es für sie unprofitabel ist, auf einen Zinsanstieg und damit gegen die Zentralbank zu wetten. Daher bleiben die Anleihekurse auf dem geldpolitisch gewünschten Niveau, ohne dass die Zentralbank in größerem Umfang Anleihen aufkaufen müsste. Genau diese Einschätzung ist in Japan nicht aufgegangen. Von 2016 bis Ende 2020 stieg die Bilanzsumme der Bank von Japan von 75 Prozent des japanischen Bruttoinlandsproduktes auf 130 Prozent – weil die Bank von Japan die hohen Staatsdefizite und auch Teile der bereits ausstehenden Staatsschulden monetisieren musste, um den Zins niedrig zu halten.

Die Zinskontrollpolitik ist nicht zuletzt ein Eingeständnis der „Fiskalischen Dominanz“. Das heißt, die Finanzlage der Staaten bestimmt das Handeln der Geldpolitik. Das kann nicht nur zu Inflation führen, sondern auch allzu leicht zu hoher Inflation. Im politischen Tagesgeschäft zählt schließlich das Hier und Heute. Die künftigen Folgen, die politische Entscheidungen nach sich ziehen, finden hier meist nur geringe Beachtung. Zudem ist der politische Anreiz, die Geldmenge im Zuge von schuldenfinanzierten Ausgaben auszuweiten, ohnehin groß. Denn es hat zunächst positive Wirkungen: Die Konjunktur wird gestützt, die Härten der Arbeitslosigkeit werden verringert, Banken- und Unternehmenspleiten abgewendet.

Doch früher oder später treten die Negativwirkungen der Geldmengenausweitung – das Ansteigen der Vermögens- und/oder Konsumgüterpreise – zutage: Die Kaufkraft des Geldes schwindet, einige wenige werden besser gestellt auf Kosten vieler, die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, Verteilungskonflikte verschärfen sich, in der Gesellschaft greift Verbitterung um sich, Produktion und Beschäftigung leiden. Mit einer Zinskontrollpolitik ist die Gefahr besonders groß, dass die Zentralbanken in eine zusehends inflationäre Geldpolitik abgleiten, nicht zuletzt weil immer niedrige Zinsen die Verschuldungspolitik der Staaten anheizen und Haushaltsreformen entmutigen.

Dieser Aufsatz wurde am 21. April 2021 in der Börsen-Zeitung veröffentlicht.

EDELMETALLPREISE

In US-Dollar pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1794.4		26.6		1216.0		2882.0	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1755.0		25.5		1199.0		2706.1	
20 Tage	1739.2		25.2		1192.9		2666.3	
50 Tage	1748.8		26.0		1204.6		2511.2	
100 Tage	1804.3		25.9		1135.9		2429.8	
200 Tage	1857.5		25.4		1021.4		2350.5	
III. Schätzung 2021	2448		47		1272		2710	
(1)	36		77		5		-6	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>	<i>Unten</i>	<i>Oben</i>
	1750	2684	23	55	950	1472	2280	2910
(1)	-2	50	-13	107	-22	21	-21	1
V. Jahresdurchschnitte								
2018	1268		15.8		880		1019	
2019	1382		16.1		862		1511	
2020	1753		20.2		878		2180	

In Euro pro Feinunze

	Gold		Silber		Platin		Palladium	
I. Aktuell	1491.2		22.1		1010.5		2395.0	
II. Gleitende Durchschnitte								
10 Tage	1468.5		21.4		1003.3		2264.3	
20 Tage	1465.7		21.2		1005.3		2246.9	
50 Tage	1462.1		21.7		1007.2		2100.7	
100 Tage	1496.2		21.5		942.7		2016.4	
200 Tage	1559.0		21.3		856.1		1972.1	
III. Schätzung 2021	2044		39		1062		2263	
(1)	37		78		5		-6	
<i>Bandbreiten</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>	<i>Tief</i>	<i>Hoch</i>
	1470	2260	19	47	800	1240	1920	2450
(1)	-1	52	-14	111	-21	23	-20	2
IV. Jahresdurchschnitte								
2018	1072		13.3		743		863	
2019	1235		14.4		770		1350	
2020	1535		17.6		769		1911	

Quelle: Thomson Financial; Berechnungen und Einschätzungen Degussa. Beachte: Die Zahlen sind gerundet.

(1) Geschätzte Preisveränderung bei aktuellem Preis in Prozent.

PREISENTWICKLUNGEN DER ANLAGEKLASSEN

Bitcoin in US-Dollar

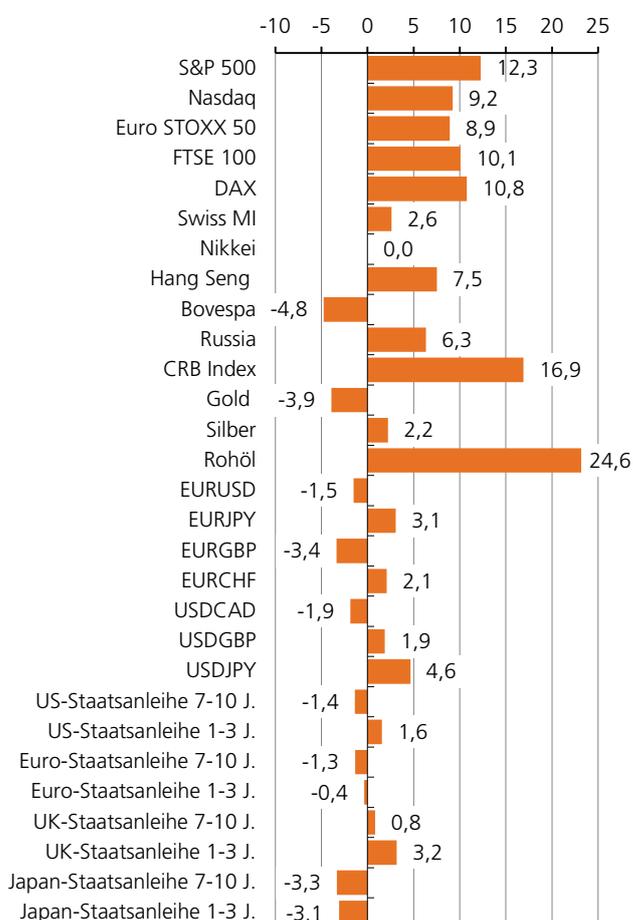
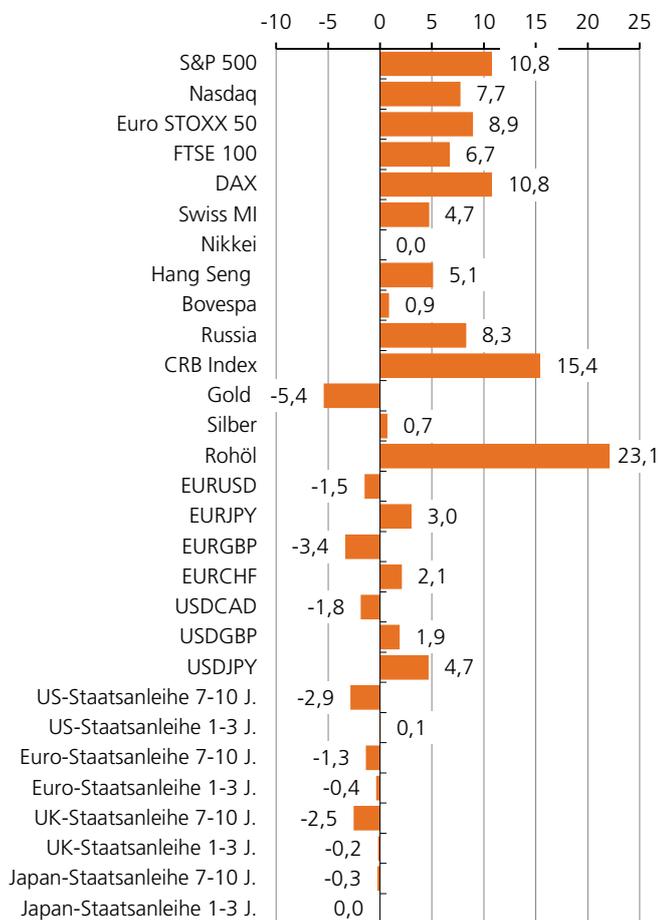


Quelle: Refinitiv; Graphik Degussa.

Wertentwicklung verschiedener Anlageklassen seit Jahresanfang in Prozent

(a) In nationaler Wahrung

(b) In Euro



Quelle: Refinitiv, Berechnungen Degussa.

Ausgabe	Inhalt	Zum Herunterladen
22. April 2021	Bitcoin, Gold und das Geheimnis des Geldes Die Neuauflage der marxistischen Verelendungstheorie ...	Pdf
8. April 2021	Das Gold ist das Grundgeld Menschheit. Ein Aufsatz gegen Fehldeutungen Die Macht der kontrollierten Inflation	Pdf
25. März 2021	Was Sie über den „Cantillon-Effekt“ wissen sollten Digitaler Krypto-Hype Umsturz mit Fiat-Geld	Pdf
11. März 2021	Inflation – verkannt, verharmlost Das staatliche Geldmonopol und der „Great Rest“	Pdf
25. Februar 2021	Wie uns das Fiat-Geldsystem in den Sozialismus treibt Zum Verbund zwischen Futures-Markt und physischem Markt Der Griff ans Eigentum	Pdf
11. Februar 2021	Die Zentralbanken machen die Finanzmärkte zu einem inflationären Spielcasino Die Gefahren des digitalen Euro-Zentralbankgeldes Die 1-Euro- und 2-Euro-Münzen sollen weg	Pdf
28. Januar 2021	Was zählt, ist die Liquidität des physischen Goldes Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ	Pdf
14. Januar 2021	Die Weltwirtschaft versinkt in einem Meer von Schulden Ein Modell für ein friedvolles und produktives Zusammenleben: Kapitalismus	Pdf
17. Dezember 2020	Ein Gespenst geht um: Das Gespenst des Sozialismus Die Zentralbanken geben dem Goldpreis Auftrieb Ökonomische Gesetze und die Logik des menschlichen Handelns	Pdf
3. Dezember 2020	Was Sie über den Goldpreistrend wissen sollten Der Antikapitalist. Ein Weltverbesserer, der keiner ist Geldpolitik für die „Große Transformation“	Pdf
19. November 2020	Es geht um mehr als Corona. Weiter auf Gold und Silber setzen Mit dem politischen Globalismus kommt die Postdemokratie Die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems wird den Goldpreis weiter ansteigen lassen	Pdf
5. November 2020	Die Regierungen versetzten Europa in den Notstand – und legen die Demokratie lahm Die Goldnachfrage in Q3 2020 Was irrtümliche Ideen anrichten Das Damoklesschwert über dem Euro	Pdf
22. Oktober 2020	Die westliche Welt verliert ihr Fundament, dem sie ihren Erfolg zu verdanken hat US-Präsidentenwahlen und Goldpreis Der digitale Euro – eine finstere Idee Währungskrise statt Kreditkrise	Pdf
8. Oktober 2020	Den Zentralbanken sollten Sie besser nicht vertrauen. Setzen Sie auf Gold Wohlstand und Freiheit oder Staatswirtschaft und Armut. Wie kommen wir aus der Krise?	Pdf
24. September 2020	US-Dollar, Euro und Co: Es gibt keine Zurück mehr Die Bestände der Gold-ETFs und –ETCs erreichen neue Rekorde Interview: „Gold ist das Grundgeld der Menschheit“	Pdf
10. September 2020	Das gefährliche Spiel mit der Inflation Vorerst keine Steuer auf Gold-ETFs und Gold-ETCs Klimawandel und Coronakrise als Mittel im politischen Kampf	Pdf
27. August 2020	Der „Big Short“ auf das ungedeckte Papiergeld Ohne „Bail-Out“ der System-Crash. Mit ihm die Knechtschaft. Digitales Zentralbankgeld ist der Weg in die Tyrannei	Pdf
13. August 2020	Gold und Silber sind auf dem Weg zu neuen Höchstständen Der Moment der Wahrheit für das Geldsystem	Pdf
30. Juli 2020	Auf physisches Gold und Silber setzen. Es ist noch nicht zu spät.	Pdf
2. Juli 2020	Der Goldpreis steigt, der Wert von US-Dollar, Euro und Co schwindet Weltweite Wirtschafts- und Finanzlage Die Lockdown ist ein Umverteilungskarussell, das die Volkswirtschaften ärmer macht Schon wieder Hyperinflation in Simbabwe	Pdf
18. Juni 2020	Gold halten zahlt sich aus. Vor allem für Langfristanleger Lassen Sie sich nichts vormachen: Die Kaufkraft des Euro verfällt Warum das Bargeld verteidigt werden muss Die EZB und die monetäre Staatsfinanzierung. Ein (Er-)Klärungsversuch	Pdf
4. Juni 2020	Der mühsame Weg aus der Lockdown-Krise. Warum Sie weiter auf Gold setzen sollten Neues Geld für ausufernde Staatsdefizite Kriminelle Intelligenz und Inflation	Pdf
20. Mai 2020	Gold und Silber: Der Bullenmarkt nimmt Fahrt auf Geldflut bringt Geldentwertung	Pdf
7. Mai 2020	Jetzt kommt die Geldflut Weltweite Finanz- und Wirtschaftslage Der Goldmarkt im ersten Quartal 2020 Der britische Corona-Trick Bundesverfassungsgericht und EZB: Das Urteil ist nicht die Lösung	Pdf

<http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Alle bisherigen Ausgaben des Degussa Marktreports stehen dort auch zum Download zur Verfügung.

Disclaimer

Für die Erstellung dieser Ausarbeitung ist Degussa Goldhandel GmbH, Frankfurt am Main, verantwortlich. Die Verfasser dieses Dokuments bestätigen, dass die in diesem Dokument geäußerten Einschätzungen ihre eigenen Einschätzungen genau wiedergeben und kein Zusammenhang zwischen ihrer Dotierung – weder direkt noch indirekt noch teilweise – und den jeweiligen, in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen oder Einschätzungen bestand, besteht oder bestehen wird. Der (bzw. die) in dieser Ausarbeitung genannte(n) Analyst(en) sind nicht bei der FINRA als Research-Analysten registriert/qualifiziert und unterliegen nicht der NASD Rule 2711.

Dieses Dokument dient ausschließlich Informationszwecken und berücksichtigt nicht die besonderen Umstände des Empfängers. Es stellt keine Anlageberatung dar. Die Inhalte dieses Dokuments sind nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von in diesem Dokument genannten Edelmetallen und Wertpapieren beabsichtigt und dienen nicht als Grundlage oder Teil eines Vertrages.

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stammen aus Quellen, die von der Degussa Goldhandel GmbH als zuverlässig und korrekt erachtet werden. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Garantie oder Gewährleistung im Hinblick auf Richtigkeit, Genauigkeit, Vollständigkeit oder Eignung für einen bestimmten Zweck.

Alle Meinungsäußerungen oder Einschätzungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers bzw. der Verfasser zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hierin zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Degussa Goldhandel GmbH wider. Die Degussa Goldhandel GmbH ist nicht dazu verpflichtet, dieses Dokument zu aktualisieren, abzuändern oder zu ergänzen oder deren Empfänger auf andere Weise zu informieren, wenn sich ein in diesem Dokument genannter Umstand oder eine darin enthaltene Stellungnahme, Schätzung oder Prognose ändert oder unzutreffend wird.

Die in der Vergangenheit gezeigte Kursentwicklung von Finanzinstrumenten erlaubt keine verlässliche Aussage über deren zukünftigen Verlauf. Eine Gewähr für den positiven Anlageertrag einer in diesem Dokument beschriebenen Einschätzung kann daher nicht übernommen werden. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Dokument genannte Prognosen aufgrund verschiedener Risikofaktoren nicht erreicht werden. Hierzu zählen in unbegrenztem Maße Marktvolatilität, Branchenvolatilität, Unternehmensentscheidungen, Nichtverfügbarkeit vollständiger und akkurater Informationen und/oder die Tatsache, dass sich die von der Degussa Goldhandel GmbH oder anderen Quellen getroffenen und diesem Dokument zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

Weder die Degussa Goldhandel GmbH noch ihre Geschäftsleitungsorgane, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter übernehmen die Haftung für Schäden, die ggf. aus der Verwendung dieses Dokuments, seines Inhalts oder in sonstiger Weise entstehen.

Die Aufnahme von Hyperlinks zu den Websites von Organisationen, soweit sie in diesem Dokument aufgenommen werden, impliziert keineswegs eine Zustimmung, Empfehlung oder Billigung der Informationen der Websites bzw. der von dort aus zugänglichen Informationen durch die Degussa Goldhandel GmbH. Die Degussa Goldhandel GmbH übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt dieser Websites oder von dort aus zugänglichen Informationen oder für eventuelle Folgen aus der Verwendung dieser Inhalte oder Informationen.

Dieses Dokument ist nur zur Verwendung durch den Empfänger bestimmt. Es darf weder in Auszügen noch als Ganzes ohne vorherige schriftliche Genehmigung der Degussa Goldhandel GmbH auf irgendeine Weise verändert, vervielfältigt, verbreitet, veröffentlicht oder an andere Personen weitergegeben werden. Die Art und Weise, wie dieses Produkt vertrieben wird, kann in bestimmten Ländern, einschließlich der USA, weiteren gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz dieses Dokument gelangt, sind verpflichtet, sich diesbezüglich zu informieren und solche Einschränkungen zu beachten. Mit Annahme dieses Dokuments stimmt der Empfänger der Verbindlichkeit der vorstehenden Bestimmungen zu.

Impressum

Der Marktreport erscheint 14-tägig donnerstags und ist eine kostenlose Serviceleistung der Degussa Goldhandel GmbH

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. April 2021

Herausgeber: Degussa Goldhandel GmbH, Kettenhofweg 29, 60325 Frankfurt, Tel.: (069) 860068-0, Fax: (069) 860068-222

E-Mail: info@degussa-goldhandel.de, Internet: www.degussa-goldhandel.de

Redaktion: Dr. Thorsten Polleit

Degussa Marktreport ist im Internet abrufbar unter: <http://www.degussa-goldhandel.de/marktreport/>

Degussa 
GOLD UND SILBER.

Zentrale Frankfurt

Kettenhofweg 29 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · info@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen:

Augsburg (Ladengeschäft): Maximiliansstraße 53 · 86150 Augsburg
Telefon: 0821-508667-0 · augsburg@degussa-goldhandel.de

Berlin (Ladengeschäft): Fasanenstraße 70 · 10719 Berlin
Telefon: 030-8872838-0 · berlin@degussa-goldhandel.de

Düsseldorf (Ankaufszentrum): In der KÖ Galerie
Königsallee 60 / Eingang Steinstraße · 40212 Düsseldorf
Telefon: 0211-1306858-0 · duesseldorf@degussa-goldhandel.de

Frankfurt (Ladengeschäft): Kettenhofweg 25 · 60325 Frankfurt
Telefon: 069-860068-0 · frankfurt@degussa-goldhandel.de

Hamburg (Ladengeschäft): Ballindamm 5 · 20095 Hamburg
Telefon: 040-3290872-0 · hamburg@degussa-goldhandel.de

Köln (Ladengeschäft): Gereonstraße 18–32 · 50670 Köln
Telefon: 0211-120620-0 · koeln@degussa-goldhandel.de

Hannover (Ladengeschäft): Theaterstraße 7 · 30159 Hannover
Telefon: 0511-897338-0 · hannover@degussa-goldhandel.de

München (Ladengeschäft): Promenadeplatz 12 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-18 · muenchen@degussa-goldhandel.de

München (Ankaufszentrum): Promenadeplatz 10 · 80333 München
Telefon: 089-1392613-10 · muenchen-altgold@degussa-goldhandel.de

Nürnberg (Ladengeschäft): Prinzregentenufer 7 · 90489 Nürnberg
Telefon: 0911-669488-0 · nuernberg@degussa-goldhandel.de

Pforzheim (Scheideanstalt): Freiburger Straße 12 · 75179 Pforzheim
Telefon: 07231-58795-0 · pforzheim@degussa-goldhandel.de

Stuttgart (Ladengeschäft): Kronprinzstraße 6 · 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-305893-6 · stuttgart@degussa-goldhandel.de

An- und Verkaufsniederlassungen weltweit:

Zürich (Ladengeschäft): Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 0041-44-40341-10 · zuerich@degussa-goldhandel.ch

Genf (Ladengeschäft): Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genève
Telefon: 0041-229081400 · geneve@degussa-goldhandel.ch

Madrid (Ladengeschäft): Calle de Velázquez 2 · 28001 Madrid
Telefon: 0034-911-982-900 · info@degussa-mp.es

London Sharps Pixley Ltd (Mitglied der Degussa Gruppe)
Telefon: 0044-2078710531 · info@sharpspixley.com